

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 167 (2001)

Heft: 3

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DEUTSCHLAND

Höhere Massstäbe für die Bundeswehr kündigt der Generalinspekteur bei der Kommandeurtagung an

Bei der 38. Kommandeurtagung der Bundeswehr im November 2000 in Leipzig kündigte der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Kujat, die Umgestaltung der Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee in ein «hochwirksames Instrument der deutschen Aussen- und Sicherheitspolitik» an. Dies sei das Ziel von der Bundesregierung beschlossenen Reform der Bundeswehr. Vor den höchsten Offizieren der Bundeswehr und hohen Beamten des BMVg betonte der General in seiner Rede, die derzeitige Bundeswehrreform beschränke sich nicht auf Veränderungen in Details, sondern richtet sich an dem veränderten sicherheitspolitischen Konzept aus. Die Bundeswehr müsse sich darauf einrichten, für längere Zeit eine «Armee im Einsatz» zu bleiben. Er vermied es, darauf einzugehen, ob und in wie weit die derzeit beginnende Umstrukturierung finanziell abgesichert sei. Er stellte aber fest, Deutschland müsse seinen Interessen und seinem Gewicht als Staat eines 80-Millionen-Volkes in der Mitte Europas Streitkräfte unterhalten, die von Grösse, Umfang, Ausrüstung und Fähigkeit entsprechend ausgestaltet seien. Das neue strategische Konzept der NATO und die Entscheidungen des EU-Gipfels in Helsinki setzten neue und höhere Massstäbe für die Bundeswehr. Sie erforderten neue Fähigkeiten, veränderte Struktu-

ren, Einsatzgrundsätze und operative Planungen. Das reiche von kollektiver Verteidigung bis zur Beteiligung an multinationaler Konfliktprävention und Krisenbewältigung. Auf die Haushaltslage eingehend, sagte er, es sei für das kommende Jahr gelungen, den Investitionsstau, der seit Beginn der 90er-Jahre in der Bundeswehr bestehe, aufzubrechen. Der investive Anteil des Verteidigungshaushaltes sei bereits von 21% auf 25% angestiegen. Er beabsichtige, diesen Anteil jährlich um 1% zu erhöhen, um ihn auf 30% anwachsen zu lassen. Bevor Entscheidungen über Standorte getroffen werden, müsse die derzeit noch laufende Strukturplanung abgeschlossen sein.

Die Feinplanungen der künftigen Bundeswehrstruktur sollen einschliesslich der Stationierungsentscheidungen bis März 2001 vorliegen. Sorge bereite ihm die unzureichende Zahl der freiwillig Längerdienenden. Zwar geniesse die Bundeswehr in der Bevölkerung ein hohes Ansehen, es sei aber bisher nicht gelungen, daraus Kapital zu schlagen. Nach wie vor sei die Bewerberlage bei Offizieren, Unteroffizieren und längerdienenden Mannschaften angespannt. Obwohl es Absicht sei, die Zahl der Berufs- und Zeitsoldaten auf 200 000 zu erhöhen, sei die Anzahl dieses Personenkreises sogar rückläufig. Schon aus Gründen der Nachwuchswerbung könne deshalb auf die allgemeine Wehrpflicht nicht verzichtet werden, abgesehen von dem Erhalt der Aufwuchsfähigkeit der Streitkräfte für den Verteidigungsfall.

In seiner Rede ging der Generalinspekteur noch auf die Einbettung der Soldaten in die Gesellschaft, auf die Lösung der Frage der Wehrgerechtigkeit bei ständigem Geburtenrückgang, den freiwilligen Dienst von Frauen auf allen Dienstposten sowie auf das Verhältnis «Schnelle Eingreiftruppe» der EU und NATO ein. Die

Stärkung der EU und des europäischen Pfeilers der NATO müsse immer vor dem Hintergrund der Sicherheitspartnerschaft zu Washington bewertet werden. Der Aufbau neuer politischer und militärischer Fähigkeiten der EU geschähe nicht in Konkurrenz zur USA, sondern zu ihrer Ergänzung und Entlastung. Tp.

Rühes Leitsätze für eine aktive Aussen- und Sicherheitspolitik

Der ehemalige Verteidigungsminister Volker Rühle, um den es nach seinem Scheitern bei der Wahl in Schleswig-Holstein ruhig geworden war, meldete sich im Januar 2001 über das Projekt einer umfassenden Raketenabwehr zu Worte: Europa sollte das Angebot des amerikanischen Präsidenten, ein umfassendes Raketenabwehrsystem zu schaffen, aktiv aufzugreifen und sich an eigenen Initiativen für eine europäische Schutzkomponente beim Aufbau einer gemeinsamen europäisch-amerikanischen Raketenabwehr beteiligen. Diese müsse über die nationale Raketenabwehr (NMD), die die USA errichten wollen, hinausgehen. Es sei erforderlich, den Dialog so zu führen, dass der Zusammenhalt der NATO gefestigt würde. Des Weiteren äusserte er sich über die NATO-Erweiterung. Angesichts der guten Erfahrung, die durch den Beitritt Polens, Ungarns und Tschechiens gemacht wurde, sollte

man schon bis 2002 weiteren Ländern den Beitritt anbieten. Zu diesen Ländern sollten unbedingt Slowenien und die Slowakei, aber auch Bulgarien und Rumänien gehören. Als Begründung führte er an, Südosteuropa sei das einzige Krisengebiet in Europa. Der Beitritt dieser Staaten könne die Stabilität in Europa insgesamt erhöhen. Weil die Ostsee kein Krisengebiet mehr sei, könne den baltischen Staaten 2002 die Aussicht auf einen späteren Beitritt eröffnet werden. Die weitere Öffnung sei nicht gegen Russland gerichtet.

Der designierte US-Verteidigungsminister Rumsfeld plädierte bei seinem ersten Auftritt im Kongress für einen raschen Aufbau eines Raketenschirmes. Auch das deutsche Verteidigungsministerium schliesst eine Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten in der Frage einer Raketenabwehr nicht aus. Zurzeit werde in der Bundeswehr an einem Konzept für Aufklärung und Raketenabwehr gearbeitet und hierbei mit den USA eng zusammengewirkt. Tp.

Scharping: Kein Zusammenhang zwischen Uranmunition und Blutkrebs-erkrankung deutscher Soldaten

Die Leukämie bei mehreren Soldaten, die im Kosovo und in Bosnien im Einsatz standen, hat bekanntlich eine heftige Debatte darüber entfacht, ob der Einsatz von Uranmunition durch die US-Luftwaffe möglicherweise die Ursache hierfür sei. Inzwischen liegen darüber mehrere wissenschaftliche Untersuchungen vor. Die Botschafter von 19 NATO-Staaten berieten unter Leitung des Generalsekretärs Robertson über diese Frage. Ein Ad-hoc-Komitee der NATO führte seit Jahresbeginn diverse Informationstagen durch. Bisher konnte kein direkter Zusammenhang zwischen der Verwendung uranhaltiger Mu-

nitration und den Blutkrebs-erkrankungen einiger Soldaten nachgewiesen werden. Verteidigungsminister Scharping gab diese Feststellung auch als Ergebnis von Untersuchungen deutscher Wissenschaftler, die von ihm hierzu beauftragt worden waren, bekannt. Deutschland, Italien, Griechenland, Portugal und Norwegen konnten sich mit der Forderung, zumindest für eine befristete Zeit auf die Verwendung dieser Munition zu verzichten, nicht durchsetzen. Gleichwohl erklärte Robertson in vorsichtiger Formulierung, die NATO stehe derzeit auf dem Balkan nicht in militärischen Auseinandersetzungen. Diese Munition werde deshalb auch nicht verwendet. Durch den Kompromiss zwischen den USA, Deutschland und Grossbritannien sollte die grundsätzliche Option für



Die Bundeswehr muss sich für längere Auslandseinsätze einrichten; Bild Transporthelikopter CH-53 in Bosnien Herzegowina.



Transportpanzer «Fuchs» des deutschen KFOR-Kontingents.

Verwendung der Uranmunition, auch zu Übungszwecken, erhalten bleiben. Den Erwartungen der Öffentlichkeit in allen europäischen Staaten, dass über den Umgang mit uranhaltiger Munition diskutiert wird, müsse aber auch entsprochen werden. Das natürliche Uran-238 enthält 0,7% des Uranisotops 235. Nur dieses ist kettenreaktionsfähig und in Geschossen und Atomreaktoren verwendbar. Drei bis vier Prozent dieses Isotops werden anteilig in Waffen und Brennstäben verwendet. Das «abgereicherte» Uran-238 bleibt in grossen Mengen zurück. Es ist nach wie vor radioaktiv, aber mit einer niedrigen Strahlungsintensität, die geringer ist als die

natürliche Intensität in bestimmten Gegenden.

Spezialisten und Wissenschaftler sind der Ansicht, dass die rund acht Tonnen abgereicherten Urans nicht ausgereicht hätten, um derartig vermutete Spätfolgen zu zeitigen. Gleichwohl stellen Wissenschaftler der Umweltorganisation UNEP an den Orten der Verwendung eingehende Untersuchungen an. Geklärt werden muss die Frage, ob der beim Aufprall auf harten Zielen entstehende Uranoxydstaub durch Einatmung Krebs erzeugen könnte. Experten meinen, das sei nur innerhalb von wenigen Sekunden nach dem Aufschlag möglich. Tp.

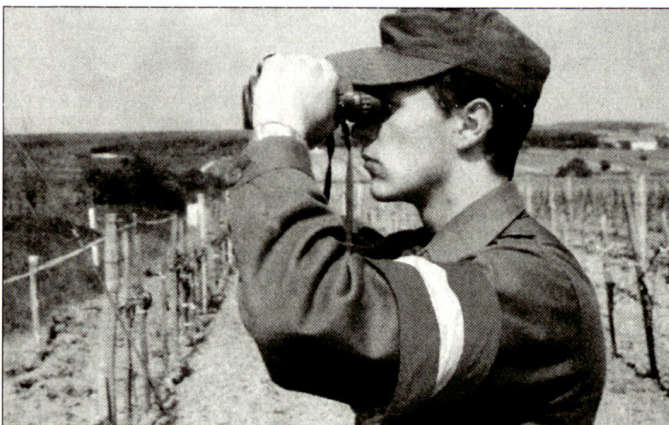
ÖSTERREICH

10 Jahre Assistenzinsatz an der Ostgrenze

Seit 1990 stehen Soldaten des österreichischen Bundesheeres an der Ostgrenze im Einsatz, um illegale Grenzübertritte zu verhindern. Bisher waren bis Ende 2000 bei 118 Ablösungen insgesamt rund 215 000 Soldaten eingesetzt, um 458 km Grenze zu überwachen. Dabei wurden vom Bundes-

heer mehr als 47 000 illegale Grenzgänger aufgegriffen.

Aus dem ohnehin geringen Verteidigungsbudget mussten für diese vom Innenministerium angeforderte Assistenzleistung bisher mehr als 5,6 Mia. Schilling (zirka eine halbe Mia. Franken) aufgewendet werden. Derzeit versehen rund 2200 Soldaten permanent Dienst an den Grenzen Burgenlands und Niederösterreichs. hg



Seit 1990 versehen an der Ostgrenze rund 2000 österreichische Soldaten rund um die Uhr ihren Dienst, um illegale Grenzübertritte zu verhindern.

Anpassung an das UTM-Koordinatensystem

Auf den 1. Januar 2001 ist bei den Militärkarten des österreichischen Bundesheeres die Universale Transversale Mercator-Abbildung (UTM) in Kraft getreten. Damit erfolgte eine Angleichung der österreichischen Militärkarten an den internationalen Standard. Wesentlicher Vorteil der neuen Militärkarte ist die Kompatibilität mit den Armeen anderer Staaten einschliesslich der Tauglichkeit für die Nutzung des GPS (Global Positioning System). Die UTM-Abbildung ist eine spezielle Art der Abbildung der gekrümmten, dreidimensionalen Erdoberfläche, dargestellt durch das Gradnetz nach Greenwich auf einem Rotations-

ellipsoid, auf eine ebene zweidimensionale Kartenfläche.

Ab Januar 2001 stehen im österreichischen Bundesheer Militärkarten in den Massstäben 1:50 000, 1:250 000 und 1:500 000 mit UTM zur Verfügung. Als Folge dieser Umstellung wurde der Fernlehrgang der Heeresunteroffiziersakademie «Karten- und Geländekunde» überarbeitet. Zudem besteht die neue Dienstvorschrift «Universales Transversales Mercatorsystem». Mit zwei so genannten Lehrbriefen, bestehend aus diversen Lernblöcken, soll die Truppe in den nächsten Monaten im Detail in der Kartenlehre verbunden mit der detaillierten Nutzung des UTM-Koordinatensystems ausgebildet werden. hg

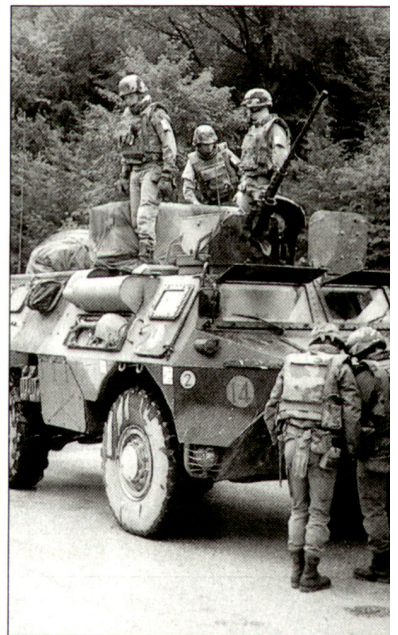
FRANKREICH

Französische Kontingente im Kosovo

Der Kosovo ist eines der am meisten verminnten Gebiete der Welt. Französische Heeresgenietruppen haben dort den Auftrag, Minen aller Typen und Munition aller Art unschädlich zu machen: Vom selbstgebastelten Revolver über Personen- und Panzerminen bis hin zu Clusterbomben. Im Frühling des vergangenen Jahres explodierte zum Beispiel im Raum der Multinationalen Brigade Mitte eine Clusterbombe BLU-97 und tötete vier Kinder und verletzte fünf weitere. Wichtig ist deshalb, die Bevölkerung vor jeglicher Art Sprengkörper zu sensibilisieren, vor allem via Radio.

Die Entminungsspezialisten arbeiten deshalb zu Gunsten ihrer Brigade, aber auch bei der Untersuchung von Wohnungen und Gebäuden zu Gunsten der Zivilpolizei der UNO. Sie orientieren ständig über minenverseuchte Gebiete oder vernichteten Sprengkörper, welche näher als 500 m zu Wohngebieten liegen. Jenseits dieser Limite sind 16 nicht-gouvernementale Organisationen tätig. Im Bedarfsfall und bei grosser Gefahr hilft diesen die französische Armee.

Die französischen Entminungsequipen NIDEX bestehen jeweils aus einem Chef, einem Entminer und einem Fahrer. Zwei derartige Equipen sind im Genie Bat eingeteilt. Auch Belgien stellt der Multinationalen Brigade Nord eine solche Equipe zur Verfügung. So kann ein 24-Stunden-Service ge-



Französische Truppen im Raum Mitrovica (Bild: Schützenpanzer VAB).

boten werden, wenn z. B. bei Erdbebewegungen eine Mine oder Blindgänger auftauchen. In derselben Brigade gibt es auch ein französisches Mot Inf Bat in Mitrovica, das einen Schlüsselraum überwacht und gleichzeitig die Br-Reserve darstellt. Es umfasst 695 Mann und ist ständig alarmbereit.

Es geht in diesem Raum zum Beispiel auch darum, serbisch sprechende Kosovaren und solche albanesischer Zunge auseinander zu halten, damit diese ihre Arbeit auf den Feldern verrichten können. Das Bat überwacht Dorfzu-

fahrten, pflegt Kontakte zur Bevölkerung, zeigt aber auch, wie die KFOR rasch intervenieren kann. Das Mot Inf Bat ist mit seiner professionellen Ausbildung durchaus in der Lage, den komplexen Auftrag zu erfüllen. Unter anderem beteiligte es sich an der Kontrollaktion über die Bleihütte Zvecan, wo übergrösse schädigende

Emissionen begrenzt wurden. Oder etwa an der Suche nach versteckten Waffen. Strassensperren, Tag- und Nachtpatrouillen, Eskortieren tragen im Weiteren zur Befriedung bei.

Das Mot Inf Bat besteht aus einer Kdo/Ustü Einheit, zwei Gefechtskp und einer Kompanie mit 15 Panzern. Bt

potenzielle Einsatzgebiete werden zusätzlich vier neue Seetransporter (Alternative Landing Ships Logistic) beschafft.

Mit dieser Beschaffung und Implementierung strategischer Transportkapazitäten kann Gross-

britannien im Rahmen der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP) zu Recht als Vorreiter in Bezug auf eine glaubwürdige Umsetzung geplanter Massnahmen angesehen werden. hg

Probleme mit dem Flugzeugträger «Charles de Gaulle»

Die Indienststellung des neuen französischen Flugzeugträgers «Charles de Gaulle» dürfte sich weiter verzögern. Während einer Probefahrt im November 2000 ist die Backbord-Schiffsschraube gebrochen, was einen sofortigen Abbruch der Testfahrten und die Rückkehr in den Hafen von Toulon notwendig machte.

Die «Charles de Gaulle» ist bekanntlich Frankreichs Prestigeobjekt. Während der Entwicklungs- und Bauphase sind immer wieder Probleme aufgetreten. Bereits jetzt ist klar, dass die Fertigstellung des neuen Flugzeugträgers rund 20 Mia. FFr. kosten wird; das sind rund 20 Prozent mehr als ursprünglich eingeplant waren. hg

Lufttransport- und abwurf-fähige Fahrzeuge für die Spezialtruppen

Die ersten 53 Transport- und Zugfahrzeuge «Supacat MK III» sind an die 16. Britische Luftlandebrigade COLCHESTER ausgeliefert worden. Herstellerfirma dieser Spezialfahrzeuge (6x6) ist die Rüstungsfirma Alvis Vehicles Ltd. Die «Supacat MK III» werden als Universaltransport- und Zugfahrzeuge genutzt. Sie können in

Transportflugzeugen C-130 «Hercules» verladen und bei Bedarf auch abgeworfen werden. Zudem sind sie als Aussenlast auch mit Transporthelikoptern CH-47 «Chinook» transportierbar.

Mit dem «Supacat MK III» können Lasten bis 3,5 t transportiert werden. Innerhalb der 16. Luftlandebrigade werden diese Fahrzeuge auch als Zugfahrzeug der Minenwerfer und der Geschütze «Light Gun» verwendet. hg

GROSSBRITANNIEN

Aufbau strategischer Transportkapazitäten

Noch im Jahre 2000 fielen Entscheidungen zur Beschaffung neuer Luft- und Seetransportkapazitäten für die britischen Streitkräfte. Grundlage dieser Beschaffungsvorhaben ist die Strategic Defence Review (SDR), die im Jahre 1997 in Kraft gesetzt wurde. Unter anderem werden darin Transportkapazitäten für die zu bildenden Joint Rapid Reaction Forces gefordert.

Bis zur Einführung der neuen europäischen Transportflugzeuge A400M und zur Abdeckung des unmittelbaren Bedarfs für die anstehenden Lufttransportaufgaben wird die Royal Air Force (RAF)

bekanntlich vier amerikanische strategische Transporter C-17 leasen. Wartung und Ersatzteilmanagement sowie die Ausbildung der Besatzungen und der Wartungsmannschaften werden durch Foreign Military Sales-Verträge mit den amerikanischen Luftstreitkräften (USAF) abgedeckt. Die Einsatzbereitschaft der 25 geplanten A400M «Airbus» ist erst ab zirka 2010 vorgesehen.

Im Herbst gab das britische Verteidigungsministerium bekannt, dass insgesamt zehn neue Transportschiffe beschafft werden sollen. Davon sollen sechs Roll-On-Roll-Off-Schiffe (so genannte RoRo-Schiffe) sein, die ab 2004 im Einsatz stehen werden. Zum Transport amphibischer Kräfte in

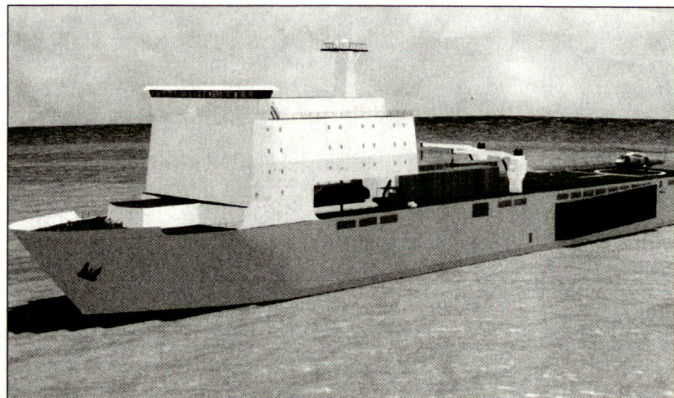


Abwurf-fähiges Transport- und Zugfahrzeug für britische Luftlandetruppen.

Programm zur Verlängerung der Einsatzdauer für die britischen «Tornado»

Die Kampfflugzeuge «Tornado» der Version ADV (Air Defence

Version) der RAF werden nach vielen Jahren harten Einsatzes einem so genannten Lebensdauer-Verlängerungsprogramm unterzogen. Dabei werden Strukturbauteile, an denen Materialermüdung



Grossbritannien will bis 2004 vier logistische Unterstützungsschiffe (Bild) und sechs RoRo-Schiffe beschaffen.



Die britischen «Tornado GR4» sollen noch bis gegen 2020 im Einsatz bleiben.

gen zu erwarten sind, repariert und verstärkt oder wenn erforderlich auch ausgetauscht. Da diese Version des «Tornado» noch bis gegen 2020 in der Royal Air Force einsatzbereit sein soll, ist eine «Verjüngungskur» erforderlich.

Die Durchführung dieser Lebensverlängerungsmassnahmen

für die ADV-Version erstreckt sich über einen Zeitraum von vier Jahren. Ein Folgeauftrag für die ebenfalls in der RAF genutzte IDS-Version (Interdiction Strike) steht in Planung. Kampfflugzeuge «Tornado» stehen weiterhin auch in der deutschen und italienischen Luftwaffe im Einsatz. hg

UNGARN

Zur Tagung der «Atlantic Treaty Association» (ATA)

Vom 31. Oktober bis 4. November 2000 hielt die Gesellschaft der Atlantischen Organisationen (ATA) ihre 46. Generalversammlung im Saal des Oberhauses des ungarischen Parlaments ab. Die Gesellschaft, in der die zivilen Gremien der NATO vereinigt sind, hielt zum ersten Male eine Generalversammlung in einem der neuen Mitgliedstaaten (nach der Osterweiterung 1999) ab. Als Zeichen dafür, dass im Zusammenhang mit den sicherheitspolitischen Entwicklungen auch die Wirtschaft tangiert wird, nahmen am Kongress in Budapest auch Geschäftsleute teil.

Bei den hochrangig besetzten Beratungen – neben dem NATO-

Generalsekretär waren neun Ausussenminister anwesend – kamen der Kosovo, die jugoslawischen Wahlen und die Stabilität auf dem Balkan sowie die Beziehung zu Russland zur Sprache. Der ungarische Staatspräsident unterstrich in seiner einleitenden Rede die moralische Verpflichtung und das Sicherheitsinteresse der NATO in Bezug auf eine künftige Integration Jugoslawiens in Europa. Unterdessen haben neun weitere europäische Staaten erklärt, dass es ihr Ziel sei, im euro-atlantischen Bündnis Vollmitglied zu werden. Diese Staaten versuchten denn auch, in Budapest Werbung für eine möglichst baldige weitere NATO-Erweiterung zu machen. Die Vertreter legten das Versprechen ab, dass 2001 die Frage der Erweiterung neu überdacht wird. L.K.

Beurteilung der nationalen Sicherheitslage

Im Sommer 2000 erschien – zehn Jahre nach der Gründung des Dienstes für nationale Sicherheit – das Jahrbuch des Sicherheitsdienstes (NBH). Der Aufgabenbereich dieser Institution entspricht im Grossen und Ganzen dem eines Bundesamtes für Verfassungsschutz. In Ungarn gibt es derzeit noch fünf Nachrichten- resp. Sicherheitsdienste:

■ die Militärische Aufklärung und der Abwehrdienst im Ministerium für Landesverteidigung;

■ ein Informationsdienst/Aufklärung sowie der Nationale Sicherheitsdienst/Abwehr, die unter der Aufsicht eines Ministers ohne Portefeuille stehen;

■ und ein Fachdienst, der für die technische Unterstützung aller Dienste besorgt ist.

Das zum ersten Mal erschienene Jahrbuch definiert zusammenfassend im ersten Kapitel die ungarischen Sicherheitsinteressen, wobei auch die inneren und äusseren Risiken und Gefahren dargestellt werden. Ungarn wurde in

den letzten Jahren zunehmend Zielland der internationalen Migration. Das NBH ist darum auch vermehrt mit der Kontrolle von Personen beschäftigt, die Asyl und/oder ein Visum beantragen oder sich für die ungarische Staatsbürgerschaft bewerben. Dies führte deshalb im Jahre 1999 zu nahezu 40 000 diesbezüglichen Kontrollen. Dabei ist aufgefallen, dass sich vermehrt Migranten aus arabischen Staaten sowie aus Tschetschenien und Afghanistan um einen legalen Aufenthalt bemühen, allerdings mit dem Ziel, sich bei einer günstigen Gelegenheit nach Westeuropa abzusetzen. Gemäss Jahrbuch des NBH existiert heute in Ungarn keine politische Kraft, die eine direkte Gefahr für die demokratische Ordnung im Lande darstellen könnte. Die zunehmend wichtigste Aufgabe des NBH ist die Verfolgung und Aufklärung von Aktionen im Bereich der Organisierten Kriminalität. Dabei ist in Ungarn vor allem eine Verflechtung russischer, ukrainischer und ungarischer Verbrechergruppen festzustellen. Daneben sind auf kleinerem Niveau auch slowaki-

sche, rumänische, serbische und albanische Gruppen tätig. Im Verlaufe der NATO-Operationen gegen Jugoslawien bildeten sich eini-

ge serbische und kosovoalbanische Interessengruppen mit teilweise kriminellen Absichten. L.K.

POLEN

Überlegungen zur Beschaffung von Kampfpanzern «Leopard 2»

Im Zusammenhang mit dem polnischen Beitrag zur europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik überlegt sich Polen das Leasen von deutschen Panzern «Leopard 2A4». Diese sollen in der von den polnischen Streitkräften dem «Allied Command Europe Rapid Reaction Corps» zur Verfügung gestellten Panzerbrigade eingegliedert werden.

Dieser Verband soll gemäss Planungen einer ebenfalls mit «Leopard 2» ausgerüsteten Panzerdivision unterstellt werden.

Polen ist kurzfristig nicht in der Lage, die vorhandenen östlichen Panzer T-72 und PT-91 mittels Kampfwertsteigerung (Einbau ei-

ner Kanone 120 mm und Integration einer modernen Feuerleitanlage) dem NATO-Standard anzupassen. In den nächsten Wochen soll deshalb mit Deutschland zwecks Leasing von Leopard-2-Panzern ein «Memorandum of Understanding» abgeschlossen werden. Damit würde erstmals durch eines der drei neuen NATO-Mitglieder im Bereich der Panzerverbände eine Interoperabilität mit den übrigen NATO-Armeen erreicht. Dies wird aber vermutlich die tschechischen und ungarischen Streitkräfte unter Druck bringen. Diese beiden Staaten beschäftigen sich heute primär mit eigenen Modernisierungsprogrammen für die vorhandenen T-72, die aber keine NATO-Kompatibilität vorsehen. hg

USA

Zusätzliche Budgetmittel für die Entwicklung von «Global Hawk»

Gemäss Planung will das Pentagon in den nächsten fünf Jahren zusätzlich rund 1 Mia. US\$ für eine beschleunigte Entwicklung des unbemannten Aufklärungsflugzeuges RQ-4 «Global Hawk» aufwenden. «Global Hawk» ist eine strategische Aufklärungsdrohne für den Einsatz in grossen Höhen (siehe auch ASMZ 11/1998, Seite 39). Der mit modernster Technologie entwickelte Flugkörper soll in einigen Jahren die Aufgaben des bemannten strategischen Auf-

klärungsflugzeuges U-2S «Dragon Lady» übernehmen.

Mit den zusätzlichen Budgetmitteln soll einerseits die schrittweise Entwicklung und Verbesserung benötigter Aufklärungskapazitäten erreicht und andererseits der Bau weiterer Vorseerienmaschinen ermöglicht werden.

Gemäss neuen Planungsgrundlagen soll die Serienproduktion im Jahre 2005 aufgenommen werden. Bis 2010 sollen 40 bis 45 Systeme im Einsatz stehen. Die veralteten U-2 sollen demnach zwischen 2007 und 2011 ausser Dienst gestellt werden. hg



Unbemanntes Aufklärungsflugzeug «Global Hawk» für strategische Aufgaben. ■